

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Carl Friedrich Nebenius

Beck, Joseph

Mannheim, 1866

Eilftes Kapitel

[urn:nbn:de:bsz:31-271025](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-271025)

als um dieselbe Zeit auch in Baden immer mehr Stimmen gegen jede Vereinigung mit Preußen und für das Verharren in der bisherigen Isolirung, bei der sich das Land wohlbefinde, laut wurden. Zu diesen Opponenten gehörten mehrere der geachtetsten und einflussreichsten Stimmführer der liberalen Partei, wie Kottack, Sonder u. a., auch der Freiherr v. Wessenberg, dieser als Theoretiker aus Hinneigung zu den Grundsätzen einer unbedingten Handelsfreiheit.

Durch den Einfluß solcher Männer war die Zahl der Gegner des preußischen Vereins in Württemberg und Baden täglich im Zunehmen begriffen. Eine Anzahl Abgeordneter beider Länder hielt im Anfang des Jahres 1833 eine Zusammenkunft zu Pforzheim, um über die Handelsfrage sich zu besprechen, und über einen gemeinschaftlichen Feldzugsplan gegen den Anschluß an Preußen sich zu verständigen. In Folge dessen wurde in der württembergischen Kammer im Februar 1833 von der Opposition der Antrag eingebracht, die früher der Regierung erteilte Vollmacht, einen Vereinigungsvertrag mit Preußen abzuschließen, zurückzunehmen. Der Sieg der Opposition schien kaum mehr zweifelhaft. Der entscheidende Augenblick zum Handeln durch offene Erklärung Badens für die Sache der Vereinigung war gekommen.

Sechstes Kapitel.

Fortsetzung. Abschluß des deutschen Zollvereins.
Sieg der badischen Handelspolitik.

Bei der angegebenen Sachlage schien es Nebenius dringend Noth zu thun, das Publikum über die Grundlosigkeit der Besorgniß der Einen und der Hoffnung der Andern aufzuklären, daß nämlich Baden, wenn der große Verein nicht zu

Stände komme, sich zuletzt noch zum Anschlusse an das System des süddeutschen Vereins, wenn auch mit Modificationen desselben, verstehen dürfte. Zu solchem Zwecke unternahm er seine Schrift: „Ueber den Beitritt Badens zu dem großen deutschen Zollverein“ (Karlsruhe 1833). Von der in Württemberg herrschenden Stimmung und den sie nährenden Parteibestrebungen wohl unterrichtet, wollte er darin die Gründe entwickeln, welche die großherzogliche Regierung von dem Anschlusse an den süddeutschen Verein abgehalten hätten und auch ferner abhalten müßten. Zugleich wird mit überzeugender Klarheit nachgewiesen, welchen Einfluß die Verschiedenheit der Lage und Ausdehnung eines großen deutschen Vereinsgebietes und des beschränkten süddeutschen Binnenmarktes auf die Beurtheilung aller Fragen ausübe, von deren Beantwortung in national-ökonomischer, finanzieller und politischer Beziehung die Nützlichkeit des Beitrittes des Großherzogthums abhängt, und wie dieser Beitritt bei der jetzigen Sachlage in allen jenen Beziehungen geboten erscheine.

Um gar keinen längeren Zweifel über das Endziel der badischen Handelspolitik, das diese stets vor Augen gehabt, und dessen längst erstrebte Verwirklichung jetzt nahe stand, Raum zu gestatten, ließ Nebenius seine im Jahre 1818 geschriebene Denkschrift über die commercielle Einigung Deutschlands erstmals drucken und als Anhang begeben.

Die Schrift war die Arbeit weniger Tage, denn sie mußte noch vor der nahe bevorstehenden Abstimmung der württembergischen Stände über den Vereinsvertrag erscheinen, sollte ihr Zweck nicht verfehlt werden. Ende October hatte sie die Presse der Müller'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe verlassen. Schon auf die Kunde ihres Drucks waren von Württemberg aus Hunderte Exemplare bestellt, und in den ersten Tagen des November an sämtliche Abgeordnete und überall im Lande verbreitet worden. Ueber den Eindruck, den die Nebenius'sche Schrift in Württemberg hervorbrachte, liegt uns

ein Schreiben vor, das Staatsrath Bellinagel, ein älterer, dem Könige Wilhelm sehr nahe stehender Staatsbeamter, in jenen Tagen an deren Verfasser richtete; er schreibt unter Anderem: „Sie haben sich durch ihre gediegene Schrift ein unsterbliches Verdienst um ganz Deutschland erworben, und man wird ihren Namen an den der Könige von Württemberg und Baiern, die den ersten Anruf zur Realisirung der Idee eines allgemeinen Handels-Vereins gegeben haben, zunächst anreihen, als den einflussreichsten Beförderer der guten Sache, indem nunmehr die Bahn gebrochen ist, um Baden und die übrigen dissentirenden Bundesglieder in den Verein hineinzuziehen. Bei uns hat die Erscheinung Ihres hochverdienstlichen Werkes allgemeine und die erfreulichste Sensation hervorgebracht; bei der ersten Verkündigung der Schrift, von der ich noch nichts wußte, kam im Theater ein Minister in die Loge, wo ich mich befand, ausdrücklich in der Absicht, mich davon zu benachrichtigen, mit den Worten: „Baden ist endlich auch dem Verein beigetreten!“ Auf meine Erwiederung; wie das möglich sei, es könne derzeit durchaus nichts Wahres an der Nachricht sein, antwortete er: „Nebenius hat dafür geschrieben und das ist genug, man kann nunmehr sicher auf den Beitritt Badens rechnen.“ —

In der That hatte die Nebenius'sche Schrift der württembergischen Opposition gegen den Vereinsvertrag ihre schärfste Waffe entwunden; jener erhielt schon am 5. November 1833 die Zustimmung der württembergischen Kammer.

In Baden setzte indeß auch jetzt noch der größere Theil der liberalen Partei unter v. Kottel's Führung einen hartnäckigen Kampf gegen eine engere Vereinigung mit Preußen fort. Kottel bot alle Mittel der Presse und Agitation auf, um, wie er erklärte, „in dieser Lebensfrage des constitutionellen Deutschlands“ seine Heimath vor den Schlingen einer absolutistischen Politik zu bewahren. Aber wie groß auch der Einfluß und wie gewichtig sonst die Stimme des gefeierten

Volksmannes war, die öffentliche Meinung war seit *Nebenius* Auftreten für den Verein entschieden zu Gunsten des Anschlusses umgestimmt.

Hierzu hatte seine zweite größere Schrift: „Der deutsche Zollverein, sein System und seine Zukunft“, Karlsruhe 1835, die *Nebenius* kurz vor dem entscheidenden Zusammentritt der badischen Stände erscheinen ließ, wesentlich beigetragen. Denn diese Schrift gewährte unter Zugrundlegung statistischer Thatsachen mittelst Wahrscheinlichkeitsberechnungen einerseits einen beruhigenden Einblick auf die Wirkungen, welche ein großer deutscher Zollverein für die Schaffung und Erstarbung einer deutsch-nationalen Industrie und Manufactur ausüben werde, während sie andererseits als künftige Frucht der letztern eine wünschenswerthe engere Verbindung und Vereinigung mit dem österreichischen Kaiserstaat, überhaupt aber eine allmälige Minderung des Zolltarifs, und folglich eine Annäherung an das Freihandels-system, in Aussicht nahm. Solche im Januar 1835 niedergeschriebene Ideen gewannen für die Vereinsache auch die noch Wankenden, die sich zu freihändlerischen Anschauungen hinneigten und deren Zahl in Baden, besonders unter dem mittleren Kaufmannsstande, nicht gering war.

Baden schloß am 12. Mai 1835 seinen Einigungsvertrag mit Preußen ab; er wurde bald nachher von der Versammlung der badischen Stände mit großer Mehrheit der Stimmen gutgeheißen, und trat mit dem 1. Januar 1836 in's Leben *). Durch den Beitritt Badens erhielt der deutsche Zoll-

*) Zur Vervollständigung bemerken wir bezüglich des Beitritts der übrigen deutschen Staaten: Die nächste Wirkung der Vereinigung des preussisch-hessischen mit dem süddeutschen Berlin (Baiern und Württemberg) war der Rücktritt Kurhessens von der unfruchtbaren Einbecker Verbindung; der Kurstaat trat durch Vertrag vom 25. August 1831 (vollzogen am 1. Januar 1832) dem preussisch-hessischen Vereine bei. Rasch folgten nun das König-

verein im Südwesten seinen Abschluß, und mittelst der über 60 Meilen sich erstreckenden Rheinlinie seine natürliche Grenze gegen Frankreich und die Schweiz. Ob man auch hoffen darf, daß in nicht langer Zukunft auch die Schranken niederfallen, welche das deutsche Vereinsgebiet vom Bodensee ostwärts bis zur südlichen Grenze des preussischen Schlesiens abschließen? d. i., ob man von der Einsicht und dem Patriotismus der Deutschen erwarten dürfe, daß sie mit allmäliger Hinwegräumung entgegenstehender Hindernisse die unermesslichen Vortheile zu erobern wissen, welche der deutschen Industrie, Production und Handel ein freies Marktgebiet von 70 Millionen Menschen darbietet? — über diese und so manche andere, gerade in neuerer Zeit wieder in Vordergrund tretende Frage gibt die schon genannte Schrift „Ueber System und Zukunft des deutschen Zollvereins“ wohl zu beachtende Winke.

„Jetzt stehen wir nicht mehr auf dem Gebiete der Wahrscheinlichkeitsrechnungen über die Wirkungen der commerciellen Einheit der großen Mehrheit der deutschen Länder, sondern sind in der günstigen Lage, ihren Einfluß in wirklichen, wahrnehmbaren Erscheinungen zu beobachten und die praktische Entwicklung aller auf den Verein bezüglichen Verhältnisse mit dem Interesse zu verfolgen, welches eine der wichtigsten Angelegenheiten des deutschen Volkslebens in Anspruch nimmt.“

Mit diesen wenige Jahre nach dem Abschluß des großen deutschen Vereins niedergeschriebenen Worten, die gerade jetzt wieder zu beherzigen wären, konnte Nebenius schon gegen

reich Sachsen durch Vertrag vom 30. März 1833, vollzogen am 1. Januar 1834, die thüringischen Staaten und die preussischen Länder zu derselben Zeit. Nach dem Anschluß Badens an den großen deutschen Verein folgten seinem Beispiel die noch übrigen süddeutschen Staaten: Nassau, Hessen-Homburg und die freie Stadt Frankfurt mittelst Vertrag vom 2. Januar 1836. Im Jahre 1841 traten Braunschweig, Lippe, Waldeck, Luxemburg und später (1855) Hannover, Oldenburg u. a. bei.

Ende der 1830er Jahre mit freudiger Befriedigung den Einfluß und die Früchte eines Werkes überschauen, an dessen Zustandekommen — wenn irgend einem Einzelnen — ihm vor Allem sein Antheil, Ehre und Dank gebühren.

Der deutsche Zollverein ist aus einem Nationalbedürfniß hervorgegangen, und ist in Wahrheit die einzige erfreuliche That, welche das erstarkende Nationalbewußtsein der Deutschen in's Leben gerufen hat. „Weise man uns“, schreibt Nebenius in seinen hinterlassenen Aufzeichnungen, „nur ein Beispiel nach von einer in das Sonderleben zahlreicher, unabhängiger Staaten so tief eingreifenden, mit einer wesentlichen Beschränkung des freien Gebrauches ihrer Hoheitsrechte verbundenen Veränderung eines bestehenden völkerrechtlichen Zustandes, die auf friedlichem Wege, durch wechselseitiges Vertrauen, durch freiwilligen Verzicht auf jede Art egoistischer Zwecke, durch bloße Beachtung des Natur- und Vernunftgemäßen, durch freiwillige Zustimmung und nicht durch Machtgebote bewirkt wurde!“ . . .

„Fremd“, bemerkt Nebenius weiter, „blieben bei allen Verhandlungen der einzelnen Staaten unter einander politische Nebenzwecke. Man wird eine hierauf deutende Bestimmung in den wirklich abgeschlossenen, sowie in den vielen nicht zum Abschluß gekommenen Entwürfen vergebens suchen und überhaupt in keinem Stadium der mannichfach verzweigten Verhandlungen irgend eine Spur einer, dem merkantilen Interesse fremden, politischen Absicht finden . . . Allerdings war die Frage des Zollvereins auch unter dem politischen Gesichtspunkt zu betrachten, aber nicht unter dem einer engeren Verbindung zur Erstrebung besonderer politischer Zwecke, sondern unter dem der allgemeinen deutschen Politik, unter dem Gesichtspunkt des Einflusses der großen Maßregel auf die Entwicklung der productiven Kräfte der deutschen Länder, auf die innere Verketzung ihrer Interessen, auf Reichthum und Macht der gesammten deutschen

Nation . . . Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Bildung des Vereins, wenn er auch zur Zeit noch nicht alle Bundesländer umfassen kann, dennoch als eine erste deutsche Nationalangelegenheit und liegt seine Erhaltung im wohlverstandenen Interesse Aller, selbst jener deutschen Staaten, die durch ihre Lage und Verhältnisse jetzt noch — wir hoffen nicht für immer — von dem Beitritt abgehalten werden.“

„Gibt es“, ruft Nebenius aus, „einen glänzenderen Beweis der Fortschritte wahrer Humanität und der vernünftigen moralischen und politischen Principien in dem Leben der deutschen Stämme und Staaten, als die Art und Weise, wie wir unsere commercielle Freiheit errungen haben, welche eine Grundlage und Vorbild für jede andere werden kann? Nur die Verkennung jeder gesunden Politik, der Aerger über wirkliche oder vermeinte Verluste, welche an den frühern Zustand der Isolirung der deutschen Staaten sich knüpften, die egerzigsten Eifersüchteleien der Einen gegen die Andern, die der Freude des Auslands über die hilflose Lage des zerstückten deutschen Marktes gleichkommt, können an den Grundlagen des deutschen Zoll- und Handelsvereins rütteln und diesen selbst jemals in Frage ziehen wollen!“

Zwölftes Kapitel.

Der Eisenbahnbau in Baden.

Es war wohl nicht zufällig, sondern ist als eine Wirkung des regern öffentlichen Lebens in Baden zu betrachten, daß man dort zuerst in Deutschland an das, nach den damals noch vorherrschenden Ansichten, große Wagniß sich machte, eine das